

LINKE

Der rote Aufstand Ost

In der Linkspartei wächst der Unmut über den autokratischen Führungsstil von Oskar Lafontaine. Die ostdeutschen Landeschefs wollen den Saarländer in die Schranken weisen.



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / HCP-FOTO

Partner Gysi, Lafontaine: Angst vor der linken Machtmaschine

Ein wenig war es wie früher, als sich die Genossen im Landhaus Hotel in Lübbenau versammelten. Der Besuch des großen Vordenkers aus Berlin wurde abgesagt, und schon machten die alten Scherze die Runde: Ob es eine politische Krankheit sei, die er sich da zugezogen habe? Auch der alte DDR-Witz über die gesundheitlich angeschlagene SED-Spitze wurde wieder erzählt: „Was ist Punkt eins des Parteitags? – Hereintragen des Präsidiums.“

Die Rede war von Oskar Lafontaine, 62, Vorsitzender der linken Bundestagsfraktion, den vergangenen Dienstag eine Kieferoperation von einer Reise in die ostdeutsche Provinz und der Teilnahme an der Klausur der Brandenburger Landtagsfraktion abhielt.

Lafontaine war nicht da – und doch war er das Topthema bei diesem Treffen. Ungehindert ließen einige Fraktionäre ihrem Ärger freien Lauf: Was der Saarländer mit ihrer Partei vorhabe, wollte ein Genosse vom als Ersatzmann angereisten Parteichef Lothar Bisky wissen. Ob man zurück solle zu den ideologischen Sprechblasen der Vergangenheit? Was Lafontaine treibe, empörte sich ein Teilnehmer, habe mit „unserer PDS“ nichts mehr zu tun.

So wie im Spreewald reden die Funktionäre mittlerweile fast im ganzen Osten über den Saarländer. Ein Jahr nach dem

großen Coup, nach dem spektakulären Handschlag zwischen dem früheren SPD-Chef und dem linken Ost-Star Gregor Gysi, weicht die Freude über den Mann aus dem Westen der Angst vor einer feindlichen Übernahme.

Dass die linke Machtmaschine so unverhohlen an die Spitze der neuen Partei strebt, die im kommenden Jahr aus WASG und Linkspartei entstehen soll, ist vielen Ostlern suspekt. Dass er die Partei auf einen Konfrontationskurs zur SPD einschwört, das ängstigt viele ostdeutsche Funktionäre. An den Rand gedrängt fühlen sich vor allem die Pragmatiker, die einflussreichen ostdeutschen Landeschefs. Heimlich hecken sie Pläne aus, den Durchmarsch Lafontaines zu stoppen, der im kommenden Frühjahr zusätzlich zum Fraktions- auch den Parteivorsitz übernehmen will.

Der rote Aufstand Ost hat einen Wortführer: Wulf Gallert heißt er und ist Fraktionschef im Landtag von Sachsen-Anhalt. Öffentlich und hinter verschlossenen Türen attackiert er den linken Radikalkurs des Saarländers, der Privatisierungen und Einsparungen im Öffentlichen Dienst für Verrat an der reinen Lehre hält. „Wir dürfen“, warnt Gallert, „nicht hinter 1989 zurückfallen.“ Er komme mit Konzepten der siebziger Jahre, hielt der Mann aus Magdeburg Lafontaine persönlich vor.

Gallerts Protestnoten sind abgesprochen mit den anderen Ost-Landeschefs. Auch auf den Beistand von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch kann er zählen, der selbst nicht mehr rundum glücklich ist über den Ex-SPD-Chef: „Oskar Lafontaine hat uns fünf Prozent im Westen gebracht. Aber ihm fehlt noch das Gespür für den Osten.“ Und auch Parteivize Katja Kipping aus Sachsen stichelt: „Bei uns ist es zu Recht gute Tradition geworden, sich nicht von einem alles sagen zu lassen.“

Ihre Zweifel am Kurs des neuen Arbeiterführers haben die Pragmatiker schon zu Papier gebracht. Kaum hatte der Saarländer ein Gründungsmanifest für die neue Linke formuliert, konterte die Reformriege mit einem Thesenpapier unter der Überschrift „Abschied und Wiederkehr“. Ihr „Aufruf“, unterzeichnet von Bartsch sowie allen Ost-Landes- und Fraktionschefs, ist eine Art Gründungsurkunde der Anti-Lafontaine-Plattform.

Gleich in einer Vielzahl von Punkten gehen die Autoren auf Distanz zu dessen Thesen. Lafontaine plädiert für mehr Staat – seine Kontrahenten warnen vor der „alleinigen Verantwortungszuweisung an den Staat“. Lafontaine verlangt einen radikalen Oppositionskurs – die Reformsozialisten fordern „praktische Politik“ und nennen ihre „Parlaments-, Regierungs- und Verwaltungserfahrung“ in Ostdeutschland einen „großen Vorteil“.

Während Lafontaine für den Ausbau des Öffentlichen Dienstes wirbt, kontert Gallert: „Die Linkspartei ist keine Ersatz-Ver.di.“ Verprellt hat der Neuzugang aus dem Westen auch die regierenden Sozialisten im Berliner Senat. Viele seiner Forderungen stehen im scharfen Widerspruch zur Sparpolitik der rot-roten Koalition in der heillos überschuldeten Hauptstadt. Mit seinen unerwünschten Ratschlägen, giften deshalb Berliner Sozialisten, sei er ihnen „regelrecht in den Rücken gefallen“.

Der ostdeutsche Unmut ist Lafontaine nicht verborgen geblieben. Doch in gewohnter Weise nimmt er seine Kritiker



SASCHA RHEKER / ATTENZIONE

Lafontaine-Kritikerin Kipping

„Nicht von einem alles sagen lassen“

nicht besonders ernst: Wer die alte PDS behalten wolle, erklärt er, „der hat nicht begriffen, was der Sinn der neuen Linken ist“. Auch den Vorwurf, mit alten Konzepten anzutreten, lässt er abtropfen: „Was haben die gegen die siebziger Jahre? Da hatten wir mehr Wachstum und weniger Arbeitslose als heute.“

Doch intern zeigt der Frontmann schon Nerven. Auf der Klausursitzung der Bundestagsfraktion vor wenigen Wochen zeigt er gegen einen seiner Widersacher aus dem Osten zu Felde: „Wenn Herbert Wehner ein wichtiges Papier vorgelegt hat“, schnaubte Lafontaine in Erinnerung an den knochenharten SPD-Fraktionschef, „dann erlaube sich ein junger Referent keine Kritik daran.“

Solche Ausbrüche und seine Belehrungen für die regierenden Sozialisten im Berliner Senat verstärken nur das Misstrauen bei seinen Bündnispartnern. Abkanzeln, drohen – das erinnert viele an finstere SED-Zeiten. Lafontaine war es, der für Abweichler wieder den Parteiausschluss forderte – nachdem auch linke Abgeordnete in Dresden für den Verkauf kommunaler Wohnungen gestimmt hatten. Gegen die Drohgebärden aus Berlin verwahrte sich sogar der gewöhnlich zurückhaltende Bisky: „Das ist immer noch unsere Partei.“ Co-Fraktionschef Gysi war verärgert. Intern klagt auch er darüber, wie fremd ihm der Westdeutsche manchmal sei.

Aufgeschreckt durch den autokratischen Stil Lafontaines überlegen die Strategen, wie der eigenmächtige Anführer wieder unter Kontrolle gebracht werden kann. Trickreich wollen einige den Wessi mit Hilfe der Satzung ausbremsen. „Partei und Fraktion gleichzeitig führen zu wollen – dafür müsste es dann sehr gute Gründe geben“, erklärt Gallert.

Andere suchen nach einem starken Lafontaine-Blocker für die Doppelspitze, die ab kommendem Jahr die dann fusionierte Partei führen soll. Während der sich den ruhigen Bisky als Partner wünscht, setzen andere auf ein härteres Kaliber. Bei einem Treffen aller ostdeutschen Landeschefs bekneten bereits die ersten ihren früheren Parteichef Gysi, erneut zu kandidieren: „Gregor, du musst uns retten.“ Andere drängen den einflussreichen Bartsch, Co-Parteivorsitzender zu werden.

Doch für eine Entscheidung, wer es mit Lafontaine aufnehmen will, ist es noch zu früh. Schließlich müssen die Obergesossen Rücksicht auf die Wahlkämpfe in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nehmen. Erst am Wahltag, dem 17. September, um 18.01 Uhr, dürfte die Zeit der Abrechnung anbrechen. „Die beiden Regierungsbeteiligungen sind unsere Referenzprojekte“, sagt Fraktionsvize Bodo Ramelow, der seiner Partei Machtkämpfe prognostiziert. „Wenn wir da rausfliegen, ist auch die geplante Parteifusion gefährdet.“

STEFAN BERG, MARKUS DEGERICH

GELD

Erst kündigen, dann schröpfen

Rund 500 000 Privathaushalte haben in Deutschland kein eigenes Konto. Berlin will nun einen Rechtsanspruch darauf durchsetzen – notfalls per Gesetz.

Es war an einem kalten Abend Anfang April. Michael H. schob seine Eurocheque-Karte in den Automaten, dann tippte er seine Geheimnummer ein – und erstarrte. „Ihr Konto ist gesperrt“, flimmerte es auf dem Display.

Als der 47-Jährige am nächsten Morgen in der Bank nachfragte, wurde ihm erklärt, dass er deren Dienste nicht mehr in Anspruch nehmen könne. Ein Gläubiger hatte ihm 1996 Euro abziehen wollen, obwohl er nur 345 Euro besaß. Auch die Hinweise auf bevorstehende Einnahmen waren vergebens – sein Konto blieb gesperrt.



FRANK RUMPFENHORST / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Bankenstandort Frankfurt am Main: „Tor für die Teilhabe“

Später kündigte das Geldinstitut ihm den Vertrag.

Wie Michael H. geht es Menschen in geschätzt 500 000 Privathaushalten in Deutschland. Leuten, die nichts haben oder hochverschuldet sind. Irgendwann beendet die Bank die Geschäftsbeziehung – und ein ohnehin schwieriges Leben wird noch komplizierter.

In einer Welt der Kreditkarten, Lastschriften und Daueraufträge sollte es auf das persönliche Girokonto einen Rechtsanspruch geben – so sieht es jedenfalls die Bundesregierung. In ungewöhnlicher Eintracht mit der oppositionellen Linkspartei drängt sie die Geldinstitute, jedem Bürger unabhängig von seiner finanziellen Lage ein Konto einzurichten.

Fast wie die Klageschrift eines Sozialverbands liest sich ein Report, den das Finanzministerium zu dem Thema jüngst

vorgelegt hat: Es gehe nicht an, dass für viele Hochverschuldete und Arme „das Tor für die Teilhabe am bargeldlosen Zahlungsverkehr“ fest verschlossen bleibe. Dieser Ausschluss könne „existenzbedrohend“ sein, weil „kein Mietvertrag, kein Festnetzanschluss und in der Regel auch kein Arbeitsvertrag“ ohne Angabe einer Kontoverbindung abgeschlossen werden könnten. Für die Betroffenen, meint Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), sei es so „sehr schwierig, in einer finanziellen Krise wieder Fuß zu fassen“.

Die Bundesregierung fordert die Kreditwirtschaft darum auf, endlich „eine Selbstverpflichtung“ zu kreieren, „die diesen Namen verdient“. Seit 1995 sollte das „Girokonto für jedermann“ eigentlich zum Service aller Geschäftsbanken gehören. Damals hatte der Zentrale Kreditausschuss, die Dachorganisation der fünf Banken-Spitzenverbände, seinen Mitgliedern empfohlen, allen Kunden ein Konto zu gewähren. Eine Verweigerung sei nur in begründeten Ausnahmen gerechtfertigt. Die letzten zehn Jahre jedoch, klagt Linkspartei-Fraktionschef Oskar Lafontaine, „haben gezeigt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung nicht zu einem guten Ergebnis geführt hat“.

Die Linken haben deshalb einen Gesetzentwurf formuliert, der einen Rechtsanspruch aufs persönliche Konto sichert – ein Vorstoß, der ähnlich auch vom Justizministerium erwogen wird, wenn die Banken sich weiter zieren.

Die Geldhäuser halten den staatlichen Eingriff für unnötig. Die Zahl der sogenannten Guthabenkonten, die nicht überzogen werden können, argumentiert Klaus Möller vom Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken, sei zuletzt doch rasant gestiegen: allein in den vergangenen sechs Jahren um 800 000 auf 1,9 Millionen.

„Wofür brauchen wir also rechtlich verbindliche Vorgaben“, fragt Möller, „wenn sich die bisherige Praxis bewährt hat?“

Der rosigen Bilanz der Banken traut die Regierung allerdings nicht. Sie beklagt deren Weigerung, die Zahl der Kontokündigungen offenzulegen. Vorgerechnet haben die Ministerialen auch, wie manche Banken Kunden ohne Konto schröpfen: Pro Barüberweisung verlangen sie bis zu zehn Euro, was sich bei einem durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Kosten von rund 500 Euro auswachsen kann.

Experten sehen in den hohen Gebühren, die den ohnehin Finanzschwachen zugemutet werden, nicht mal das Hauptproblem. „Ein Konto“, sagt Helga Springeneer vom Bundesverband der Verbraucherzentralen, „ist ein Zeichen von Bonität. Wenn man keins hat, gilt man als unseriös.“

CAROLINE SCHMIDT